

Die polarisierten Staaten von Amerika und internationale Ordnungspolitiken

Nicht erst seit der Präsidentschaft und Außenpolitik von Donald Trump gibt es gute Gründe zu vermuten, dass die Kontestation innerstaatlicher Ordnung in den USA im Zeitverlauf so stark variieren kann, dass ihre (zeitweilige) Illiberalität die Stabilität einer liberalen internationalen Ordnung untergraben kann. Die in diesem Literaturreview diskutierten Werke deuten auf einen Wandel von formalen und informellen Institutionen und deren Interaktion im (außen-)politischen Prozess der USA hin. Es werden gezielt Monographien und Sammelbände in den Blick genommen, welche die Innenpolitik der amerikanischen Außenpolitik adressieren und die US-Politik daraufhin untersuchen, inwiefern die parteipolitische Polarisierung und die populistische Außenpolitik der Trump-Administration, die Beziehungen zu zentralen Partnern und Kontrahenten in zwei zentralen Weltregionen (Europa und Asien) verändern. Das Literaturreview bietet erste Bausteine für ein Forschungsprogramm an, welches die innenpolitischen Veränderungen in den USA systematisch mit der Rolle der USA gegenüber anderen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren verbindet.

1. Einleitung

In den vergangenen Jahrzehnten haben Globalisierungsprozesse die Vorstellung von Souveränität und das gesellschaftliche Vertrauen in staatliche Autorität in den Vereinigten Staaten von Amerika tief erschüttert (Hetherington/Rudolph 2015; Pew 2019; Lammert 2020). Die Mehrzahl der theoretischen Beiträge, die sich mit der Stabilität der US-geführten liberalen internationalen Ordnung (LIO) auseinandersetzen, haben dieser Entwicklung zu wenig Beachtung geschenkt (Lake et al. 2021): Liberale Theoretiker*innen argumentieren, dass die LIO stetig ausreichend kommerziellen oder ideellen Nutzen für jene Gruppen in den USA generieren würde, die eine (wohlwollende) US-Hegemonialrolle unterstützen würden (Chaudoin et al. 2010; Ikenberry 2001, 2011). Realistische Theoretiker*innen sehen die US-Hegemonie allenfalls durch eine sanfte und anschließend harte Gegenmachtbildung von außen, aber nicht von innen, gefährdet (Mearsheimer 2001; Pape 2005). Einige konstruktivistische Theoretiker*innen argumentieren, dass liberale Prinzipien so tief in die US-Identität eingelassen seien, dass eine illiberale Pfadabweichung weitgehend unmöglich sei (Dueck 2010: 5; Thompson 2015: 25-55). Anhänger*innen der These, dass Demokratien glaubwürdigere internationale Signale senden würden als andere Regimetypen, erklären, dass die demokratische Verfasstheit der USA ihre institutionellen Selbstbindungsversprechen so verlässlich machen würden, dass

die US-geführte LIO – anders als andere hegemoniale Ordnungen – von nachgeordneten Mächten dauerhaft als legitim angesehen würde (Ikenberry 1998).

Nicht erst seit der Wahl von Donald Trump und dem Angriff auf das Kapitol in Washington gab und gibt es gute Gründe zu vermuten, dass innerstaatliche Ordnungsvorstellungen in Demokratien im Zeitverlauf so stark variieren können, dass ihre (zeitweilige) Illiberalität die Stabilität einer liberalen internationalen Ordnung untergraben kann (Czempiel 1996; Pepinsky 2017; Musgrave 2019). So mehren sich die Anzeichen, dass ein größeres Segment der Wählerschaft in den USA, welches bislang die ethnische oder nationale Mehrheit bildete, die liberale (internationale) Ordnung und deren Institutionen mittelbar für einen Statusverlust gegenüber den bisherigen (ethnischen) Minoritäten verantwortlich macht (Blum/Parker 2019; Adler-Nissen/Zarakol 2021: 6).

Die Monographien in diesem Literaturreview bilden bislang (noch) kein kohärentes Forschungsprogramm, welches die innenpolitischen Veränderungen in den USA, insbesondere die Rolle der US-Exekutive gegenüber anderen innerstaatlichen Akteuren, systematisch mit der Rolle der USA gegenüber anderen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren verbindet. Doch sie bieten aus unserer Sicht unterschiedliche Hinweise und Bausteine für ein solches Forschungsprogramm, indem sie auf den Wandel von formalen und informellen Institutionen und deren Interaktion miteinander im (außen-)politischen Prozess der USA hindeuten. Wir haben gezielt den Blick auf Monographien und Sammelbände gerichtet, welche die Innenpolitik der amerikanischen Außenpolitik adressieren und die US-Politik daraufhin untersuchen, inwiefern die parteipolitische Polarisierung und die populistische Außenpolitik der Trump-Administration, die Beziehungen zu zentralen Partnern und Kontrahenten in zwei zentralen Weltregionen (Europa und Asien) verändern.

Die Befunde dieser Studien sind aus unserer Sicht für drei Forschungsstränge von besonderem Interesse: zum einen für jene Ansätze, die danach fragen, ob und wenn ja, welche Beiträge sich im außenpolitischen Diskurs der USA auf dem (informellen) Markt der Ideen durchsetzen (Nau 2002; Legro 2005; Dueck 2006); zum anderen für jene Studien, die danach fragen, inwiefern die Entwicklung der beiden Parteien, und insbesondere deren Polarisierung, die Rolle der Exekutive in der Außenpolitik, und damit auch die Rolle der USA in der Welt, nachhaltig verändert (Milner/Tingley 2015; Schweller 2018, Friedrichs 2021); und schließlich drittens jene Untersuchungen, die analysieren, inwiefern Sprache und Praktiken des 45. Präsidenten und seiner Administration die formalen und informellen Institutionen im außenpolitischen Prozess ge- und verformt haben, sodass sie die US-Außenpolitik und die LIO möglicherweise dauerhaft verändern werden (Busby/Monten 2018; Daase/Kroll 2019; Cooley/Nexon 2020, Steff 2021). Wir gehen wie folgt vor: Zunächst diskutieren wir zwei Werke, die den Wandel der Rolle der politischen Parteien und außenpolitischen Expert*innen im außenpolitischen Prozess analysieren. Danach nehmen wir zwei Monografien in den Blick, die den Einfluss von innenpolitischer Polarisierung auf den außenpolitischen Prozess beleuchten. Im Anschluss untersuchen wir vier Bände, die den Einfluss des Kurswechsels unter Trump auf die

LIO in zwei Weltregionen, Europa und Asien, in den Fokus rücken. Schließlich gehen wir auf mögliche Implikationen für die zukünftige US-Außenpolitik ein.

2. Wie sich der US-amerikanische außenpolitische Diskurs verändert

Daniel Drezners *The Ideas Industry. How Pessimists, Partisans, and Plutocrats are transforming the Marketplace of Ideas* (2017) ist eine grundlegende Auseinandersetzung über die Entwicklung, Finanzierung und Durchsetzung außenpolitischer Ideen in den USA. Die zentrale These lautet, dass die bislang bestimmende Gruppe von *public intellectuals* – Expert*innen, die aufgrund ihrer Ausbildung und Unabhängigkeit ein weites Spektrum an außenpolitischen Themen kritisch kommentieren können – durch eine Reihe von *thought leaders* zurückgedrängt worden seien, die sich als *intellektuelle Missionar*innen* (*intellectual evangelists*) verstehen und sich auf eine große Idee und deren Verbreitung beschränken (Drezner 2017: 8-10). Drezner identifiziert drei treibende Faktoren dieser Verdrängungsbewegung, die teils verschränkt, teils aufeinander aufbauend, die neue Vorrangstellung der intellektuellen Missionar*innen festigen. Zunächst bereite die wachsende ökonomische Ungleichheit in den USA den Nährboden dafür, dass eine Gruppe von Extremreichen eigene Denkfabriken und intellektuelle Salons unterhalte, die die Unabhängigkeit der *public intellectuals* unterwandere und die Abhängigkeit der *intellectual evangelists* gewährleiste; sodann treffe dieses neue Angebot auf eine Öffentlichkeit, die zwei Charakteristika vorweist: eine starke Erosion des Vertrauens in vormals prestigeträchtige Institutionen – insbesondere Universitäten und unabhängige Medien –, die mit einer Demokratisierung und Enthierarchisierung des Meinungsmarktes einhergehe. Schließlich gebe es drittens eine starke parteipolitische Polarisierung der Gesellschaft, deren Lager sich um ideologisch reine intellektuelle Missionar*innen schare und der jeweiligen Gegenseite unversöhnlich gegenüberstehe.

Drezners große Stärken liegen vor allem in dem empirisch dichten Kapitel über die neuen Marktanziehe und das Anbieterverhalten an den Universitäten, die Unterschiede zwischen den Disziplinen der Politik- und Wirtschaftswissenschaften sowie den neuartigen parteipolitisch ausgerichteten *Think Tanks*. Sein Argument, dass die neuen Meinungsmärkte, ähnlich wie die Finanzmärkte, trotz erkennbarer Schwächen, weiterhin funktionsfähig seien, kann indes nicht vollständig überzeugen (Drezner 2017: 197). Zum einen erklärt er nicht hinreichend, warum der prägende Einfluss finanzieller Zuwendungen im Verbund mit schwindenden rechtlichen Beschränkungen auf dem Meinungsmarkt nicht zu ähnlichen strukturellen Verwerfungen führt, wie sie seit langem in den USA im Bereich der Parteienfinanzierung und Wähler*innenunterdrückung zu beobachten sind (Hebenstreit 2020). Zum anderen wird der Digitalisierung und der Fremdeinwirkung auf den amerikanischen Meinungsmarkt zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, sodass seine Politikempfehlung – mit kleineren Korrekturen würden sich *public intellectuals* und *intellectual evangelists* zum Wohle der Marktteilnehmer*innen in ein Angebotsgleichgewicht bringen lassen – nicht überzeugen kann (vgl. Nichols 2017). Erschwerend kommt hin-

zu, dass es hinreichend Indizien dafür gibt, dass die parteipolitische Polarisierung keine symmetrischen Effekte auf das linke und rechte politische Lager hatte (Hochschild 2016; Klein 2020; Norris 2020). Bislang hat sich das konservative Lager deutlich stärker radikalisiert und hat – neben der Frage der sozialen Ungleichheit – vor allem die identitäre Selbstbehauptung einer nativistischen und autoritären Ordnungsvorstellungen nahestehenden Minderheit in und jenseits der republikanischen Partei eine gewichtige Rolle gespielt (Mutz 2018; Blum/Parker 2019; Adler-Nissen/Zarakol 2021).

Im direkten Vergleich nimmt Stephen Walt eine deutlich skeptischere Sicht auf die außenpolitische Community – jene Personen und Organisationen, die sich aktiv und regelmäßig mit Fragen internationaler Angelegenheiten beschäftigen (2018: 95) – und die Funktionsfähigkeit des *Marketplace of Ideas* ein. In der Streitschrift *The Hell of Good Intentions* (2018) argumentiert Walt, dass diese Community nicht nur ein starkes kollektives Eigeninteresse an der Aufrechterhaltung der US-amerikanischen Führungsrolle ausgebildet habe, das zudem parteiübergreifend sei, sondern dass sie die offensichtlichen Misserfolge der US-Hegemonialpolitik auch gegenüber einer wesentlich weniger ambitionierteren amerikanischen Öffentlichkeit verschwiegen bzw. verschleiert habe (Walt 2018: 128). Diese Verschleierung wäre deshalb so lange erfolgreich gewesen, weil das Eigeninteresse der Community sich als durchsetzungsstärker gegenüber dem nationalen Interesse an einer eingeschränkteren US-Rolle erwiesen habe. Die Community, so Walt, hätte dabei auf bewährte Argumentationsmuster zurückgreifen können, die eine Bedrohungsinfation mit einer Übertreibung der Vorteile und dem Verschweigen der Kosten einer expansiven und proaktiven Politik kombiniert habe, sodass eine Politisierung der Misserfolge regelmäßig hätte vermieden werden können. Anders als von Verschwörungstheoretiker*innen behauptet, sei dies aber keine geplante Elitenverschwörung, sondern eine eigeninteressierte Konvergenz (von Vertreter*innen) einer Community, die Dissens vermeide, aber Transparenz weitgehend walten lasse (Walt 2018: 160). Besonders lesenswert sind jene Passagen in Walts Streitschrift, die sich mit dem Fehlverhalten im US-Militär, in den Geheimdiensten und den Medien beschäftigen, und die, weil die Betroffenen offensichtlich nicht zur Verantwortung gezogen wurden, mit erklären können, warum die US-Öffentlichkeit immer weniger Vertrauen in diese Institutionen setzt. Zwar teilt Walt damit partiell Donald Trumps Kritik an der expansiven liberalen US-Führungsrolle; gleichzeitig rechnet er aber schonungslos mit dessen außenpolitischer Konzeption, mehr noch aber deren chaotischer und unprofessioneller Umsetzung ab: die Krise der US-Außenpolitik habe Trump nicht, wie von ihm behauptet, abgewendet, sondern erheblich befördert.

3. *Wie sich der US-amerikanische außenpolitische Politikprozess verändert*

Die stetig wachsende Polarisierung der US-amerikanischen Gesellschaft und Politik hat in den letzten Jahren auch vermehrt die Forschung zu Außenpolitik und Internationalen Beziehungen (IB) beschäftigt. Polarisierung wird dabei als ein Prozess be-

schrieben, in dem ideologische bzw. parteipolitische Gruppen immer divergentere Positionen vertreten und zugleich in sich immer kohärenter werden (Lee 2015: 263; McCarty et al. 2016: 4). Folglich zeigt die Analyse von Abstimmungsdaten im US-Kongress nicht nur einen Zusammenbruch des überparteilichen Konsenses, sondern auch ein ideologisches Auseinanderdriften beider Parteien (Campbell 2016; vgl. Curry/Lee 2020).

Als Folge der Polarisierung diagnostiziert die Forschung eine Schwächung der politischen Reformfähigkeit der US-amerikanischen Demokratie sowie die mangelnde Umsetzung politischer Lösungsangebote für gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen (Page/Gilens 2020; Barber/McCarty 2015; Thurber/Yoshinaka 2016). Die Befunde zeigen auch, dass Polarisierung das Vertrauen in die Konsensherstellung des regelgeleiteten demokratischen Prozesses in Frage stellt und die Lösung politischer und gesellschaftlicher Konflikte durch den Ausschluss des politischen Gegners gesucht wird (Hetherington/Weiler 2009).

Parteipolitische (Hurst/Wroe 2016) und ideologische (Jeong/Quirk 2019) Polarisierung im US-Kongress hat im außenpolitischen Prozess einen negativen Effekt auf den überparteilichen Konsens (Trubowitz/Mellow 2011; vgl. Tama 2020). Dieser Konsens galt lange als zentrale Säule für die Aufrechterhaltung der außenpolitischen Strategie des *liberalen Internationalismus*, die es der US-Exekutive nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlaubte, die liberale internationale Ordnung entscheidend (mit)zugestalten und auch langfristig aufrechtzuerhalten, etwa durch eine globale Militärpräsenz und die dafür notwendigen Ratifikationsmehrheiten zur Einhaltung völkerrechtlich verbindlicher internationaler Verträge (Kupchan/Trubowitz 2007: 14; Peake et al. 2012). Im Umkehrschluss führte eine Kombination aus *hyper-partisanship*, der Abstinz eines beherrschenden außenpolitischen Narratives sowie der Erosion des amerikanischen Gesellschaftsvertrages dazu, dass die Exekutive immer weniger materielle Güter in internationalen Einfluss umsetzen konnte (Trubowitz/ Harris 2019: 621). Die Fähigkeit aus Fehlern parteiübergreifend zu lernen, wurde zudem durch die Polarisierung geschwächt, sodass die gesplante US-Gesellschaft auch deutlich anfälliger gegenüber externer, destabilisierender Einflussnahme Dritter geworden sei (Schultz 2017). Externe Sicherheitsbedrohungen könnten über die parteiideologischen Grenzen hinweg immer weniger einen *Rally-Around-The-Flag*-Effekt hervorrufen (Myrick 2021). Die Folge sei eine Innen-Politisierung der US-Außenpolitik durch die Exekutive (Snyder et al. 2009) und, je nach parteipolitischer Ausrichtung, eine Polarisierung der Beziehung zu amerikanischen Verbündeten und Partnern (Drezner 2018). Erste empirische Studien zeigten darüber hinaus, dass die Polarisierung des innenpolitischen Aushandlungsprozesses, und dessen institutionelle Strukturbedingungen, in direktem Zusammenhang mit der Ausgestaltung der US-amerikanischen Rolle in diversen Politikfeldern steht (Drezner 2019; Friedrichs 2021).

Vor diesem Hintergrund untersuchen Patrick Homan und Jeffrey Lantis in *The Battle for U.S. Foreign Policy: Congress, Parties, and Factions in the 21st Century* (2020) inwieweit die parteiideologische Polarisierung die Einflussmöglichkeiten ideologisch extremer Fraktionen innerhalb beider Parteien – wie etwa der *Tea Party*,

dem *Freedom Caucus* oder der *Progressive Democrats* – auf die US-Außenpolitik gestärkt hat. Das Buch greift einen institutionell-strukturellen Forschungsstrang auf, der davon ausgeht, dass außenpolitische Entrepreneur*innen im Kongress entscheidenden Einfluss auf die Rolle des Kongresses gegenüber der Exekutive nehmen und somit die Richtung und Qualität der US-Außenpolitik nachhaltig beeinflussen können (Carter/Scott 2009). Als außenpolitische Entrepreneur*innen werden zumeist langjährige Senator*innen in außenpolitisch-relevanten Ausschüssen identifiziert, die Fachkompetenz besitzen und ein breites Ansehen über Parteigrenzen hinweg genießen, was sie u.a. dazu befähigt, fehlgeleitete Außenpolitik durch den Präsidenten zu korrigieren oder als *Agenda-Setter* zu fungieren.

Homan und Lantis argumentieren, dass durch die Polarisierung und die zunehmende Politisierung der US-Außenpolitik eine neue Generation von außenpolitischen Entrepreneur*innen Einzug in den Kongress gefunden hat und diese durch die Fragmentierung der Parteien in moderate und ideologisch extreme Lager an relativer Macht und Einfluss hinzugewonnen haben. Neben dem traditionellen Typ, der Außenpolitikexpertise bereitstellt und andere Parteimitglieder hinter sich vereinen kann, identifizieren die Autoren daher nun noch zwei weitere, einen revolutionären und einen *mercenary* Entrepreneur*innentyp (vgl. Marsh/Lantis 2016). Während revolutionäre Entrepreneur*innen motiviert sind, die bestehende Ordnungsstruktur im Sinne eines Paradigmenwechsels grundsätzlich zu transformieren (inklusive eines Wandels der außenpolitischen Ideologie ihrer Partei), streben *mercenaries* danach, Außenpolitik für persönliche politische Gewinne zu instrumentalisieren und zugleich die Unterstützung politischer Rival*innen zu schwächen.

Aus den Befunden ihrer Untersuchung schlussfolgern Homan und Lantis, dass Parteifaktionen, angeführt von Entrepreneur*innen, besonders dann das Spektrum und die Richtung der US-Außenpolitik beeinflussen können, wenn sie persistentes *issue framing* betreiben, konsistent in ihrer Unterstützung von politischen Minderheitspositionen bleiben, und einen Mix aus legislativen und nicht-legislativen Kontestationsstrategien betreiben (Homan/Lantis 2020: 3). Die Autoren zeichnen entlang mehrerer empirischer Fallstudien überzeugend nach, wann und in welcher Form Faktionsmitglieder als außenpolitische Entrepreneur*in auftreten: Michele Bachmann und Steve King (*Tea Party*) als Advokat*innen restriktiver Immigrationspolitik seit 2013; Elizabeth Warren und Bernie Sanders (*Progressives*) als Gegner*innen einer liberalen Handelspolitik; der *Freedom Caucus* als Protagonist bei der Kürzung von Entwicklungshilfe. Die Autoren machen deutlich, dass die erfolgreiche Umsetzung einer außenpolitischen Agenda durch die Exekutive unter den Bedingungen eines polarisierten politischen Systems zunehmend von dem relativen Einfluss bestimmter Faktionen innerhalb der Parteien abhängig ist und nicht mehr primär von dem Schulterschluss der Parteifreund*innen im Kongress, wie es die Polarisierungsforschung bisher annahm (vgl. Lee 2015). Ihre Ergebnisse zeigen ferner, dass die Mechanismen der Polarisierung – die Verhinderung des politischen Erfolges der Oppositionspartei durch Parteidisziplin und Blockadehaltung – Minderheitengruppen im Kongress mehr Macht verschaffen und durch die Schwächung in-

stitutioneller Kontrollmechanismen (politischer Stillstand, starke Stellung der Exekutive) auf fruchtbaren Nährboden fallen. Die Autoren folgern, dass bei anhaltender Polarisierung erwartet werden kann, dass die US-amerikanische Außenpolitik zwischen Stillstand und der disproportionalen Repräsentation von Minderheitenpräferenzen schwanken wird.

Verbesserungswürdig bleibt, dass die Mechanismen, die die Autoren für den Erfolg der Faktionen verantwortlich machen, zwar plausibel sind, aber (noch) in kein fundiertes theoretisches Argument eingebettet wurden. Das ist insofern problematisch, als dass die Faktoren – persistentes *issue framing*, Konsistenz in der Unterstützung politischer Minderheitspositionen und ein Mix aus legislativen und nicht-legislativen Kontestationsstrategien – zwar in den Fallstudien identifiziert werden, es jedoch unklar bleibt, inwiefern sich die ideologischen und/oder institutionellen Präferenzen der einzelnen Faktionen und außenpolitischen Entrepreneur*innen auf die fallspezifischen US-Außenpolitiken übertragen lassen. So liefert die Studie wertvolle Erkenntnisse darüber, was Faktionen im amerikanischen Parteiensystem gemein haben und wann diese erfolgreich Entrepreneurship betreiben. Die Untersuchung lässt aber offen, wie die Polarisierung in und zwischen den Parteien die Interaktion zwischen Legislative und Exekutive genau verändert und so die US-Rolle in der Welt transformiert oder stabilisiert.

In *Ill Winds: Saving Democracy from Russian Rage, Chinese Ambition, and American Complacency* beleuchtet Larry Diamond (2019) einen anderen Polarisierungsaspekt näher. Er diagnostiziert zunächst eine globale Krise der liberalen Demokratie, die sich durch expansive Außenpolitiken autokratischer Staaten (wie China unter Xi Jinping oder Russland unter Wladimir Putin) und die aktive Unterwanderung politischer Institutionen in Demokratien manifestiert hat. Mit der Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten habe diese ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Dualität aus globalem Autoritarismus und Niedergang der Demokratie in den USA stellt für Diamond eine besondere Bedrohung für die liberale internationale Weltordnung dar: Zum einen, weil jene Ordnung durch eine amerikanische Führungsrolle gegenüber Dritten (stetig) verteidigt werden müsse. Zum anderen, weil die internationale Akzeptanz von Demokratie als legitimere Regierungsform direkt von der Stabilität der amerikanischen Demokratie abhängig sei (Diamond 2020: 9-11).

Durch die Wahl Donald Trumps und den wachsenden Einfluss von Kleptokrat*innen sei die Funktionsfähigkeit der amerikanischen Demokratie jedoch zunehmend unterwandert worden. Folglich, so Diamond, seien eine ganze Reihe von innenpolitischen Reformen und außenpolitischen Kursveränderungen notwendig. Dazu zählen die Regulation von ausländischen Holding-Gesellschaften, die Überprüfung von neu geordneten Wahlbezirken (*Gerrymandering*) durch eine überparteiliche Kommission, sowie die Einführung eines Ranglisten-Wahlsystems. Außerdem plädiert er für eine breite internationale Unterstützung von pro-demokratischen Bewegungen in anderen Ländern, unter anderem auch von Nichtregierungsorganisationen und Whistleblowern, sowie einer globalen Allianz von Demokratien zur Abschreckung Russlands und Chinas.

Wenngleich dem Buch klare, theoretisch gestützte kausal- oder konstitutionslogische Argumentationslinien fehlen, sodass beispielsweise die Verbindung aus demokratischer Rückentwicklung in den USA und globaler Stärkung des Autoritarismus klarer nachvollziehbar werden würden, bietet Diamond einen wichtigen Beitrag zu der Frage, inwiefern die innenpolitische Polarisierung und der illiberale Populismus in den USA externen Akteur*innen vermehrt Einflussmöglichkeiten bieten. Die im Buch von Homan und Lantis skizzierte Aufweichung von institutionellen Normen im Kongress, etwa dem Mehrheitsprinzip oder die Herausbildung einer Minderheitstyrannie, wird bei Diamond in einen internationalen Kontext eingebettet: Danach wird der hegemoniale Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien weniger mit militärischen oder ökonomischen Kapazitäten ausgefochten, sondern durch die Legitimität bzw. die Verletzbarkeit des jeweiligen politischen Systems.

Diskussionswürdig ist indes die Vorstellung, wie Walt (2018) als auch Mira Rapp-Hooper (2020) in ihren Beiträgen betonen, dass die Antwort auf die amerikanische und globale Krise der Demokratie mit Hilfe einer Strategie erfolgen sollte, die sehr an den bisherigen liberalen Internationalismus erinnert und die mittlerweile für Beobachtende aus ganz unterschiedlichen Perspektiven eben gerade mitverantwortlich für das Aufkeimen jener sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit ist, die den Trumpschen Populismus befördert hat (Colgan/Keohane 2017; Norrlof 2018; Goldstein/Gulotty 2021).

4. *Wie sich die US-amerikanische Außenpolitik wandelt*

Ob und inwieweit sich die US-Außenpolitik während und durch eine Präsidentschaft, wie jene von Donald Trump, verändert hat, wird erfahrungsgemäß durch die theoretische Perspektive des Betrachtenden bestimmt (vgl. beispielsweise Medick-Krakau 1999). Wir fokussieren hier zwei Weltregionen, die durch ihre starke und langjährige Institutionalisierung (Europa) und ihre dynamische Entwicklung (Asien) ein großes Maß an Verhaltensvarianz versprechen, und die bereits durch erste Monographien und Sammelbände analysiert wurden.

Der Sammelband von Oliver Turner und Inderjeet Parmar *United States in the Indo-Pacific: Obama's legacy and the Trump transition* (2020) vereint Analysen der Trumpschen Asienpolitik. Die von Praktiker*innen und Analytiker*innen zumeist als vergleichende Untersuchungen zur Obama-Administration angelegten Studien erfassen weite Teile Ost-, Südost- als auch des Pazifischen Asiens, mit einem starken Fokus auf die Beziehungen zur VR China, den US-Verbündeten und zu Indien. Während fast alle Autor*innen (noch) keinen neuen Kalten Krieg zwischen den USA und China konstatieren, sieht eine klare Mehrheit die Zuspitzung des sino-amerikanischen Konfliktes als Teil eines bereits längerfristigen und zunehmend auf alle Politikfelder ausgreifenden Systemkonfliktes, der durch das Misstrauen in die jeweiligen Handlungsmotive „des Anderen“ angetrieben wird (Turner/Parmar 2020: 245).

Am stärksten betont Michael Mastanduno den transformativen Charakter der Außenpolitik von Donald Trump, auch wenn er, wie viele andere, auf die häufigen Personalwechsel, ideologischen und personellen Spannungen sowie die sprunghafte Entscheidungsfindung der Administration hinweist: Präsident Trump sei ein „kompromissloser Nationalist“, der einen scharfen Gegensatz zwischen dem amerikanischen nationalen Interesse und internationalen Bindungen herstelle (Mastanduno 2020: 183). Aus Sicht des Präsidenten seien die USA, und innerhalb der USA seine (primär weiße) Wählerschaft, benachteiligt und ausgenutzt worden, von Feind und Freund (Mastanduno 2020: 183). Seine populistische Politik zielen deshalb auf eine Abfolge von asymmetrischen Transaktionen zum Vorteil seiner Wählerschaft, aber nicht mehr auf den Aufbau und die Entwicklung längerfristiger Beziehungen. Trump habe der traditionellen Hegemonialrolle in der Weltwirtschaft eine klare Absage erteilt und verfolge nun eine offen nationalistisch-merkantilistische Agenda, die auf einem eigeninteressierten Bilateralismus beruhe. Im Vergleich habe Präsident Obama eine liberale, auf einen offenen Regionalismus abzielende Asienstrategie verfolgt. Zu diesem Zweck habe Obama auch die traditionelle Wächterrolle des Präsidenten gegenüber protektionistischen Interessen aus der Wählerschaft und dem Kongress eingenommen, die Trump nun abgelegt habe (vgl. auch Goldstein/Gulotty 2021). Durch den Rückzug aus den Verhandlungen zum *Trans-Pacific Partnership Agreement* (TPP) habe die US-Exekutive zwar Platz für bilaterale Verhandlungen schaffen wollen. Die Partnerländer, wie Vietnam, hätten diese aber ausgeschlagen und sind stattdessen entweder der Fortführung von TPP, dem *Comprehensive Trans-Pacific Partnership Agreement* (CTPP), oder der deutlich weniger verregelten *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) unter chinesischer Führung beigetreten (Mastanduno 2020: 186). Auch habe Präsident Trump dem nordkoreanischen Nuklearwaffenarsenal zunächst durch einen transaktionalistischen Wechsel zwischen Konfrontation und Gipfeldiplomatie Priorität eingeräumt. Er sei aber, ebenso wie in der Handelspolitik, anschließend weitgehend an der mangelnden Verhandlungsbereitschaft Nordkoreas gescheitert.

In der Chinapolitik zielen Trumps Strategie eines „freien und offenen Indo-Pazifiks“ vor allem darauf, den chinesischen Einfluss mit Hilfe der maritimen Partnerstaaten Japan, Australien und Indien (QUAD) in Schach zu halten (Mastanduno 2020: 187). Im Handelskonflikt mit der Volksrepublik verfolge die USA nunmehr die Eindämmung, nicht aber mehr die Einbindung Chinas. Mit der technologischen Rivalität strebe die USA die Zurückdrängung aufstrebender chinesischer Technologiekonzerne, wie Huawei, an, sodass die wirtschaftliche Verwundbarkeit der USA verringert und die Entkoppelung der USA von der chinesischen Wirtschaft vorangetrieben werden könne (Mastanduno 2020: 188). Da der Konflikt mit dem staatsgelenkten Kapitalismus chinesischer Prägung schon deutlich vor Trump eingesetzt habe, so Mastanduno, werde dieser auch weiterhin anhalten und wachsenden Druck auf die Verbündeten und Partner ausüben, sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden (Mastanduno 2020: 189; Ljunggren 2020: 205).

In ihrer Analyse der Veränderung der außenpolitischen Praxis in *Multilateralism to transactionalism* untersuchen Kevin Patel und Christian Hansmayer (2020) die

Wirkung des relativen Gewinnstrebens der Trump-Administration in einer kurzen Abfolge bilateraler Verhandlungen auf die Beziehungsstrukturen zu Verbündeten und Rivalen in der Asien-Pazifik-Region. Der von der Trump-Administration präferierte *extreme asymmetric risk*-Ansatz zeige primär zwei Effekte: Zum einen habe die *America First*-Politik in Asien die moralische Autorität der USA in der Menschenrechtspolitik zugunsten anderer, insbesondere ökonomischer Interessen, ausverkauft, wie es in der China- und Philippinenpolitik sichtbar geworden sei (Patel/Hansmeyer 2020: 216); zum anderen bewirke der Transaktionalismus, dass das Ansehen der USA sinke und der Multilateralismus in der Region geschwächt werde, was jene Akteure stärke, wie die VR China, die durch längerfristige Strategien, wie die *Belt-Road-Initiative*, ihre bilaterale Überlegenheit nutzen (Patel/Hansmeyer 2020: 217).

Die potenziellen Effekte der außenpolitischen Praxis der USA und Donald Trumps ist auch der Fokus der Monographie von Mira Rapp-Hooper *Shields of the Republic* (2020). Nach einem systematischen Überblick der Entwicklungen der US-amerikanischen Bündnispolitik identifiziert die Autorin drei Brüche in der Allianzpolitik der Trump-Administration, die diese kategorisch von jener der Vorgänger-Administrationen seit dem Zweiten Weltkrieg unterscheidet: Erstens beschuldige der US-Präsident die Verbündeten öffentlich und aggressiv, die USA ausgenutzt zu haben, während er gleichzeitig militärische Drohungen ausstoße, die im Falle einer militärischen Auseinandersetzung nur mit Unterstützung eben jener Verbündeten, beispielsweise Südkoreas und Japans gegenüber Nordkorea, geführt werden könnten; zweitens definiere der Präsident das nationale Interesse der USA primär isolationalistisch, im Sinne der Verteidigung der kontinentalen USA und im Gegensatz zu den Interessen der Verbündeten und er stelle zudem die Bereitschaft zur Verteidigung der Alliierten offen in Frage; schließlich agiere die Trump-Administration sehr ambivalent gegenüber Russland und der VR China, indem der Präsident offene persönliche Beziehungen mit deren Führungen anstrebe, während diese ihre Position relativ gegenüber den Verbündeten und den USA ausbauen. Es sei offensichtlich, dass die US-Verbündeten, trotz anderweitiger Bekundungen der Administrationen, die Erfahrung nicht so schnell vergessen werden, dass ihre nationale Sicherheit durch den US-Präsidenten ganz grundsätzlich in Frage gestellt wurde, und auch in Zukunft werden könne (Rapp-Hooper 2020: 116).

Unintendierte Konsequenzen dieser Bündnispolitik stünden daher dem Ziel einer stärkeren Beteiligung der Alliierten diametral entgegen: Da sich der Zwang der Administration auf ständig neue Ziele richte, sei dieser ineffektiv, denn die Verbündeten würden immer wieder auf die nächste Forderung warten. So habe der Präsident von NATO-Verbündeten den für 2024 vereinbarten 2 %-Anteil des Verteidigungshaushalts am Bruttosozialprodukt (BSP) zunächst sechs Jahre vorher (2018) eingefordert, wenig später eine Erhöhung auf 4 % lanciert, um schließlich von jenen Verbündeten, die US-Truppen beheimateten, die gesamten Stationierungskosten sowie weitere 50 % als Stationierungsprämie zu fordern (Rapp-Hooper 2020: 116).

Da aber der Zwang der Administration auf eine stärkere Kostenübernahme mit der US-Drohung verbunden werde, die Verteidigungszusagen nicht zu erfüllen,

würden die Verbündeten ihre zusätzlichen Militärausgaben und diplomatischen Initiativen darauf richten, unabhängig von der Allianz mit den USA handlungsfähiger zu werden. Entsprechende Initiativen für eine eigenständigere europäische Verteidigung und die japanische und südkoreanische Annäherung an China, seien aber nicht (grundsätzlich) im Interesse der USA, sondern nur dann, wenn sie in Abstimmung unter den Verbündeten erfolgten (Rapp-Hooper 2020: 118).

Erschwerend für die zukünftige Aufrechterhaltung stabiler Allianzbeziehungen, so Rapp-Hooper, kommen zwei weitere Entwicklungen hinzu. Zum einen habe die erratische und widersprüchliche Bündnispolitik innerhalb der Administration die Tatsache offengelegt, dass der US-Präsident wesentliche bündnispolitische Entscheidungen, wie den Einsatz von Nuklearwaffen oder die Sistierung bzw. den Abbruch von Vertragsbeziehungen, bislang weitgehend allein und ohne Konsultation in der US-Exekutive oder mit dem Kongress treffen könne (Rapp-Hooper 2020: 11; Rapp-Hooper/Waxman 2019). Zum anderen habe die Polarisierung der parteipolitischen Positionen dazu geführt, dass globalisierungskritische Stimmen mehr Gehör gefunden hätten, die die Beschränkungen durch internationale Organisationen und negativen Effekte von liberalen Handelsbeziehungen fürchten: Zwar genossen die Bündnisse der USA, insbesondere die NATO, weiterhin eine starke öffentliche Unterstützung. Stünden aber handelspolitischen Interessen – wie beispielsweise im Falle der *Nord Stream 2-Pipeline* – zur Disposition, dann könnten die Konflikte das jeweilige Bündnis dauerhaft schädigen (Rapp-Hooper 2020: 120).

Vergleicht man nun die Befunde dieser (frühen) Analysen der US-Politik, dann wird Folgendes erkennbar: Zum einen wird die US-Politik unter Donald Trump in beiden Regionen als *transformativ* beschrieben: Instrumente, Strategien aber auch Ziele der US-Politik seien grundlegend verändert, die Führungsrolle der USA nachhaltig in Frage gestellt worden. Entgegen der Selbstbeschreibung der Administration attestieren die meisten Autor*innen eine mangelhafte Umsetzung und etliche unintendierte Effekte der US-Politik, weil diese handwerklich schlecht – vor allem vielstimmig – und inhaltlich widersprüchlich angelegt gewesen sei. Wenig überraschend erhält die Chinapolitik die wohlwollendsten Bewertungen, ruht die konfrontativere Haltung gegenüber Peking doch auf einem breiten, wenngleich ausdifferenzierten, überparteilichen Konsens (Devlin et al. 2020). Gleichzeitig konstatiert die Mehrzahl der Autor*innen, dass die transaktionalistische und bilaterale Wende der USA der kommunistischen Führung in China mittel- und langfristig mehr nützen als schaden wird, weil diese eine souveränitäts- und autonomiebetonende Ordnung bevorzuge, und sie hier die überlegenen chinesischen Ressourcen (Technologieführerschaft, Devisenreserven und Marktmacht) besser einsetzen könne.

Zum anderen zeigen die Untersuchungen, dass die Polarisierung der US-Wählerschaft und die institutionelle Privilegierung der nativistischen und nationalistischen Anhänger*innen des Präsidenten relativ stärker auf die Institutionen im transatlantischen Raum wirken: So hat der 45. Präsident mit der traditionellen amerikanischen Unterstützung für den europäischen Integrationsprozesses gebrochen, die die US-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg prägte, und den Brexit offen (zumindest rhetorisch) unterstützt (Noack 2019). Die Trump-Administration hat zudem zentrale In-

stitutionen der liberalen internationalen Ordnung untergraben. Nach den Erfahrungen mit der Bindungsbereitschaft der letzten republikanischen Administration von George Bush Jr. dürften diese (Zer-)Störungsversuche das Misstrauen in die längerfristige Vertragstreue der USA weiter geschürt haben (Carnegie/Carson 2019).

5. Fazit und Implikationen

Die in diesem Review besprochenen Bände bieten aus unserer Sicht drei Bausteine für eine systematische Beschäftigung mit der Innenpolitik der US-Außenpolitik: Erstens zeigen die Studien, dass die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft und des Parteiensystems im Verbund mit dem besonderen institutionellen Setting der USA auf mehreren Ebenen des Politikprozesses wirkt. Im rechten Wählerspektrum hat sich mittlerweile eine Wählerfaktion gebildet, die innerhalb des demokratischen Systems der USA kaum mehr eine Durchsetzungschance gegen moderate(re) Republikaner*innen und Demokrat*innen zur Sicherung ihrer nativistischen Identität sieht. In der Innenpolitik greift sie zunehmend zu extralegalen oder gar gewalttätigen Mitteln. Gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft fordert diese Wählergruppe den Rückbau bestehender institutioneller Bindungen und die Wiedererlangung von Autonomie und Souveränität (Rathbun 2013; Blum 2020). Die Antriebsfeder dieser Bewegung ist ein erstarkter und (bis auf weiteres) wählbarer Populismus, wie ihn Donald Trump repräsentiert (Howell/Moe 2020).

Die Verschränkung von Nationalismus, Populismus und Autoritarismus in der Innen- und Außenpolitik ist indes keineswegs auf die USA beschränkt: Sie wirkt aber aufgrund der besonderen Bedingungen in den USA auf anderen Wegen und in andere Richtungen auf die Außenpolitik, und damit die Transformation der LIO. Um die Transformation der bisherigen Sonderstellung der USA in der liberalen internationalen Ordnung zu untersuchen, bedarf es daher einer kritischen und vergleichenden Analyse der Defizite der amerikanischen (und anderer) Demokratie(n), die gezielt auf die Wirkung von Polarisierung, institutionalisierten Lernblockaden und die Veränderungen von digitalisierten Meinungsbildungsprozessen gerichtet ist (Adler/Drieschova 2021; Bendor/Shapiro 2021).

Zweitens ist es aus unserer Sicht vielversprechend, den Zusammenhang von Populismus und (der) Polarisierung von extremen ideologischen Präferenzen sowie dem Grad und der Richtung internationaler Institutionalisierung genauer auszu-leuchten. Auf der Basis der außenpolitischen Faktionismusforschung von Homan und Lantis und der Populismusforschung (Norris/Inglehart 2019) lohnt sich ein Brückenschlag zur vergleichenden Parteienforschung. Diese hat unter anderem gezeigt, dass parteiideologische Dispositionen hinsichtlich der Hierarchie oder Gleichstellung zwischen den Mitgliedern einen entscheidenden Einfluss auf die Zustimmung zu internationalen Institutionen haben (Rapport/Rathbun 2020). Aus unserer Sicht steht hier auch die teildisziplinäre Versäulung der Politikwissenschaft einem besseren Verständnis jener Entwicklungen im Wege, die die Unterscheidung

zwischen Innen- und Außenpolitik, *Foreign* und *Public Policy* Analyse (zu) lange geprägt haben.

Drittens zeigt die Diskussion der hier besprochenen Werke, dass das Vertrauen in den politischen Prozess und die Autorität der amerikanischen Demokratie im Innern und in der internationalen Gemeinschaft tief erschüttert wurde. Vertrauen und Autorität nach innen und außen stehen nicht unverbunden nebeneinander, sie wirken aufeinander ein, wie Larry Diamond betont. So verbinden die Gegner der USA und der LIO deren innere Schwäche mit einem größeren Selbstvertrauen in die eigene, expansive Außenpolitik, die ihrerseits illiberale Entwicklungen in den USA verstärken könnte. Verlieren die europäischen Verbündeten Vertrauen in die USA, so werden Forderungen nach einer „strategischen Autonomie Europas“ lauter, die ihrerseits von all jenen kritisiert wird, die den Verlust „nationaler Identität und Handlungsfähigkeit“ beklagen (Lippert et al. 2019). Die Transformation der US-amerikanischen Demokratie, insbesondere der Verlust des Vertrauens in die Autorität ihrer zentralen Institutionen als Reaktion auf starke Globalisierungsimpulse wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 (2008) und die derzeitige COVID-19 Pandemie, stellt daher unmittelbar die Frage danach, welche Formen (staatlicher) politischer Autorität in Zukunft ausreichend und dauerhaft Vertrauen werden erhalten können (Norrlof 2020). Dabei zeigt das extralegale Ausbrechen vieler demokratischer Regierungen, und nicht nur der Trump-Administration, aus diversen verfassungsrechtlichen oder völkerrechtlichen Verpflichtungen paradoxerweise an, dass Globalisierungsprozesse den demokratischen Rechtsstaat unter bestimmten Bedingungen auch autoritär transformieren können. Aus unserer Perspektive ist eine solche *Rückkehr eines autoritären Staates* nicht nur irritierend (vgl. Evans et al. 1985), wenn dieser an ein nativistisches, nationalistisches oder xenophobes Selbstverständnis gebunden ist. Sie ist auch dysfunktional angesichts der vielen transnationalen Herausforderungen, die nur durch internationale, längerfristige und arbeitsteilige Kooperation bearbeitet werden können und sollten.

Aus diesen Befunden ergeben sich politikpraktische Implikationen für die zukünftige US-Außenpolitik. So ist die Biden-Administration mit hohen internationalen Rehabilitationskosten konfrontiert. Bei Wiedereintritt der USA in völkerrechtlich verbindliche Verträge, wie etwa in das Iran-Abkommen oder das CTPP, werden die anderen Beteiligten besondere Vertrauensprämien verlangen. Ist dafür die Zustimmung der republikanischen Minderheit notwendig, wird diese verweigert oder mit hohen innenpolitischen Zugeständnissen verbunden werden. Sollte sich die parteipolitische Polarisierung weiter zuspitzen, dann wird der Druck auf die Exekutive steigen, durch institutionelle Reformen die Privilegien der politischen Minderheit auf Dauer zu brechen, wie etwa die Abschaffung der sogenannten Filibuster-Regel in der Geschäftsordnung des Senats. Die US-Exekutive wird daher auch unter Präsident Biden versucht sein, die Exekutiv-Autonomie zu erhalten oder auszubauen. Andernfalls werden die Gegner und Verbündeten zu entscheiden haben, ob sie den Bekundungen der USA nochmals Vertrauen schenken oder ihrerseits den Aufbau neuer Institutionen vorantreiben wollen, an denen die USA (gar) nicht mehr oder nur noch eingeschränkt beteiligt sind, weil sie nicht mehr die notwendigen innenpo-

litischen Voraussetzungen für die Übernahme einer internationalen Führungsrolle besitzen.

Literatur

- Adler, Emanuel/Drieschova, Alena* 2021: The Epistemological Challenge of Truth-Subversion to the Liberal International Order, in: *International Organization* 75:2, 359–386.
- Adler-Nissen, Rebecca/Zarakol, Aysa* 2021: Struggles for recognition: The Liberal International Order and the Merger of Its Discontents, in: *International Organization* 75:2, 611–634.
- Barber, Michael J./Nolan McCarty* 2015: Causes and Consequences of Polarization, in: Persily, Nathaniel (Hrsg.): *Solutions to Political Polarization in America*, New York, 42–44.
- Bendor, Jonathan/Shapiro, Jacob* 2021: Big trends in American politics are making events like the U.S. Capitol violence more likely, in: *Washington Post*, 7.1.2021, <https://www.washingtonpost.com/politics/2021/01/07/big-trends-american-politics-are-making-events-like-us-capitol-violence-more-likely/>; 1.3.2021.
- Blum, Rachel* 2020: *How the Tea Party Captured the GOP: Insurgent Factions in American Politics*, Chicago.
- Blum, Rachel/Parker, Christopher* 2019: Trump-ing Foreign Affairs: Status Threat and Foreign Policy Preferences on the Right, in: *Perspectives on Politics*, 17:3, 737–755.
- Busby, Joshua/Monten, Jonathan* 2018: Has Liberal Internationalism Been Trumped? In: Jervis, Robert/Gavin, Francis J./Rovner, Joshua/Labrosse/Diane N. (Hrsg.): *Chaos in the Liberal Order: The Trump Presidency and International Politics in the Twenty-First Century*, New York, 49–60.
- Carnegie, Allison/Carson, Austin* 2019: Reckless Rhetoric? Compliance Pessimism and International Order in the Age of Trump, in: *The Journal of Politics*, 81:2, 739–746.
- Carter, Ralph G./Scott, James M.* 2009: *Choosing To Lead: Understanding Congressional Foreign Policy Entrepreneurs*, Durham.
- Campbell, James E.* 2016: *Polarized: Making Sense of a divided America*, Princeton.
- Chaudoin, Stephen/Milner, Helen V./Tingley, Dustin* 2010: The Center Still Holds: Liberal Internationalism Survives, in: *International Security* 35:1, 75–94.
- Cooley, Alexander/Nexon, Daniel* 2020: *Exit from hegemony: the unraveling of the American global order*, New York.
- Colgan, Jeff D./Keohane, Robert O.* 2017: The Liberal Order Is Rigged, in: *Foreign Affairs*, 96: 3, 36–44.
- Curry, James M./Lee, Frances E.* 2020: *The Limits of Party: Congress and Lawmaking in a Polarized Era*, Chicago.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich? in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3:1, 79–101.
- Daase, Christopher/Kroll, Stefan* (Hrsg.) 2019: *Angriff auf die liberale Weltordnung. Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik unter Donald Trump*, Wiesbaden.
- Devlin, Kat/Silver, Laura/Huang, Christine* 2020: U.S. Views of China Increasingly Negative Amid Coronavirus Outbreak. PEW Research Center, last modified April 21, 2020, accessed January 11, 2021. <https://www.pewresearch.org/global/2020/04/21/u-s-views-of-china-increasingly-negative-amid-coronavirus-outbreak/>; 1.3.2021.
- Diamond, Larry J.* 2019: *Ill Winds: Saving Democracy from Russian Rage, Chinese Ambition, and American Complacenc*, New York.
- Dueck, Colin* 2010: *Hard Line: The Republican Party and US Foreign Policy Since World War II*, Princeton.
- Dueck, Colin* 2006: *Reluctant Crusaders: Power, Culture, and Change in American Grand Strategy*, Princeton.

- Drezner, Daniel W. 2019: This Time Is Different: Why U.S. Foreign Policy Will Never Recover, in: *Foreign Affairs* 98:3, 10-17.
- Evans, Peter; Rueschemeyer, Dietrich, & Skocpol, Theda (Hrsg.) 1985: *Bringing the State Back In*, Cambridge.
- Friedrichs, Gordon M. 2021: *U.S. Global Leadership Role and Domestic Polarization: A Role Theory Approach*, New York.
- Goldstein, Judith/Guloty, Robert 2021: Populism and Trade: The Institutional Roots of the Anti-Trade Backlash, in: *International Organization* (online first).
- Hebenstreit, Jörg 2020: Drain or Fill the Swamp? Entwicklungen im Bereich der Wahlkampffinanzierung unter Donald Trump, in: Böller, Florian et al. (Hrsg.). *Donald Trump und die Politik in den USA. Eine Zwischenbilanz*, Baden-Baden, 101-118.
- Hetherington, Marc J./Rudolph Thomas J. 2015: *Why Washington Won't Work: Polarization, Political Trust, and the Governing Crisis*. Chicago.
- Hetherington, Marc J./Weiler Jonathan D. 2009: *Authoritarianism and Polarization in American Politics*. Cambridge.
- Hochschild, Arlie Russell 2016: *Strangers in their own land: Anger and Mourning on the American Right*, New York.
- Homan, Patrick/Lantis, Jeffrey S. 2020: *The Battle for U.S. Foreign Policy: Congress, Parties, and Factions in the 21st Century*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Howell, William G./Moe, Terry M. 2020: *Presidents, Populism, and the Crisis of Democracy*, Chicago.
- Hurst, Steven/Wroe, Andrew 2016: Partisan polarization and US foreign policy: Is the centre dead or holding? In: *International Politics* 53:5, 666-682.
- Ikenberry, G. John 2001: *After Victory: Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Major Wars*, Princeton.
- Ikenberry, G. John 2011: *Liberal Leviathan: The Origins, Crisis, and Transformation of the American World Order*, Princeton.
- Ikenberry, G. John 1998: Constitutional Politics in International Relations, in: *European Journal of International Relations* 4:2, 147-177.
- Jeong, Gyung-Ho/Quirk Paul J. 2019: Division at the Water's Edge: The Polarization of Foreign Policy, in: *American Politics Research* 47:1, 58-87.
- Klein, Ezra 2020: *Why we're Polarized*, New York.
- Kupchan, Charles/Trubowitz, Peter 2007: Dead Center: The Demise of Liberal Internationalism in the United States, in: *International Security* 32:2, 7-44.
- Lake, David/Martin, Lisa L./Risse, Thomas 2021: Challenges to the Liberal International Order: Reflections on International Organization, in: *International Organization* 75:2, 225-257.
- Lammert, Christian 2020: Trump und die Krise der Demokratie in den USA, in: Böller, Florian et al. (Hrsg.): *Donald Trump und die Politik in den USA. Eine Zwischenbilanz*, Baden-Baden, 175-188.
- Lee, Frances E. 2015: How Party Polarization Affects Governance, in: *Annual Review of Political Science*, 18, 261-282.
- Legro, Jeffrey 2005: *Rethinking the world: great power strategies and international order*, Ithaca, NY: Cornell UP.
- Ljunggren, Börje 2020: From Obama to Trump, and beyond: Washington's painful search for a credible China policy, in: Turner, Oliver/Parmar, Inderjeet (Hrsg.): *United States in the Indo-Pacific: Obama's legacy and the Trump transition*, Manchester, 195-209.
- Lippert, Barbara/von Ondaarza, Nicolai/Perthes, Volker 2019: Strategische Autonomie Europas Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, in: *SWP Studie* 2, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S02/>
- Marsh, Kevin/Lantis, Jeffrey S. 2016: Are All Foreign Policy Innovators Created Equal? The New Generation of Congressional Foreign Policy Entrepreneurship, in: *Foreign Policy Analysis* 0, 1-23.

- Mastanduno, Michael* 2020: A grand strategic transition? Obama, Trump and the Asia Pacific political economy, in: Turner, Oliver/Parmar, Inderjeet (Hrsg.): United States in the Indo-Pacific: Obama's legacy and the Trump transition, Manchester, 177-192.
- McCarthy, Nolan/ Poole, Keith T./Rosenthal, Howard* 2016: Polarized America: The Dance of Ideology and Unequal Riches. Cambridge, London.
- Mearsheimer, John J.* 2001: The Tragedy of Great Power Politics, New York: W.W. Norton.
- Medick-Krakau, Monika* (Hrsg.) 1999: Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.
- Milner, Helen V./Tingley, Dustin* 2015: Sailing the Water's Edge: The Domestic Politics of American Foreign Policy, Princeton.
- Myrick, Rachel* 2021: Do External Threats Unite or Divide? Security Crises, Rivalries, and Polarization in American Foreign Policy, in: International Organization (online first).
- Musgrave, Paul* 2019: International Hegemony Meets Domestic Politics: Why Liberals can be Pessimists, Security Studies 28:3, 451-478.
- Mutz, Diana C.* 2018: Status Threat, Not Economic Hardship, Explains the 2016 Presidential Vote, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 115:19, E4330–E4339.
- Nau, Henry R.* 2002: At Home Abroad: Identity and Power in American Foreign Policy, Ithaca.
- Nichols, Tom* 2017: The Death of Expertise: The Campaign against Established Knowledge and Why it Matters, New York.
- Noack, Rick* 2019: Trump has a lot to say about Brexit. But do Brits listen? Washington Post, September 2, 2019, <https://www.washingtonpost.com/world/2019/09/02/trump-has-lot-s-ay-about-brexid-do-brits-listen/>; 1.3.2021.
- Norris, Pippa* 2020: It Happened in America. Democratic Backsliding Shouldn't Have Come as a Surprise, in: Foreign Affairs, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-01-07/it-happened-america>; 7.1.2021.
- Norris, Pippa/Inglehart Ronald* 2019. Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism, Cambridge.
- Norrlöf, Carla* 2018: Hegemony and inequality: Trump and the liberal playbook, in: International Affairs 94:1, 63-88.
- Norrlöf, Carla* 2020: Is covid-19 a liberal democratic curse? Risks for liberal international order, in: International Affairs 33:5, 799-813.
- Page, Benjamin I./Gilens, Martin* 2020: Democracy in America? What Has Gone Wrong and What We Can Do About It. Chicago.
- Patel, Kevin/Hansmeyer, Christian* 2020: Multilateralism to transactionalism: America and Trump in the Asia Pacific, in: Turner, Oliver/Parmar, Inderjeet (Hrsg.): United States in the Indo-Pacific: Obama's legacy and the Trump transition, Manchester, 210-224.
- Peake, Jeffrey S./Krutz, Glen S./Hughes, Tyler* 2012: President Obama, the Senate, and the Polarized Politics of Treaty Making, in: Social Science Quarterly 93:5, 1295-1315.
- Pepinsky, Thomas B.* 2017: Dis-embedding Liberal Internationalism (October 16, 2017). Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=3054001> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3054001>; 17.6.2021.
- Pape, Robert A.* 2005: Soft Balancing against the United States, in: International Security, 30:1, 7-45.
- Parmar, Inderjeet/Turner, Oliver* 2020: Conclusion: Legacies and Transitions in the twenty-first century Indo-Pacific, in: Turner/Parmar 2020, 241-252.
- Pew Research Center* 2019: Trust and Distrust in America, in: https://www.pewresearch.org/politics/wp-content/uploads/sites/4/2019/07/PEW-RESEARCH-CENTER_TRUST-DISTRUST-IN-AMERICA-REPORT_2019-07-22-1.pdf; 1.3.2021.
- Rapp-Hooper, Mira/Waxman, Matthew C.* 2019: Presidential Alliance Powers, in: The Washington Quarterly 42:2, 67-83.

- Rapport, Aaron/Rathbun, Brian* 2020: Parties to an alliance: Ideology and the domestic politics of international institutionalization, in: *Journal of Peace Research* 58:2, 279-293.
- Rathbun, Brian* 2013: Steeped in international affairs? The foreign policy views of the tea party, *Foreign Policy Analysis* 9:1, 21–37.
- Schultz, Kenneth A.* 2017: Perils of Polarization for U.S. Foreign Policy, in: *The Washington Quarterly* 40:4, 7-28.
- Schweller, Randall* 2018: Three Cheers for Trump's Foreign Policy: What the Establishment Misses, in: *Foreign Affairs* 97:5, 133-143.
- Snyder, Jack/ Shapiro, Robert Y./Bloch-Elkon, Yaeli* 2009: Free Hand Abroad, Divide and Rule at Home, in: *World Politics* 61:1, 155-187.
- Steff, Reuben* 2021: US foreign policy in the age of Trump: drivers, strategy and tactics, London.
- Tama, Jordan* 2020: Forcing the President's Hand: How the US Congress Shapes Foreign Policy through Sanctions Legislation, in: *Foreign Policy Analysis* 16 (3): 397-416.
- Thompson, John A.* 2015: A Sense of Power: The Roots of America's Global Role, Ithaca.
- Thurber, James A./Yoshinaka, Antoine* 2016: American Gridlock: The Sources, Character, and Impact of Political Polarization, Cambridge.
- Trubowitz, Peter/Harris, Peter* 2019: The end of the American century? Slow erosion of the domestic sources of usable power, *International Affairs* 95:3, 619-639.
- Trubowitz, Peter/Mellow, Nicole* 2011: Foreign policy, bipartisanship and the paradox of post-September 11 America, in: *International Politics* 48:2/3, 164-187.
- Trump, Donald J.* 2016: Transcript: Donald Trump's Foreign Policy Speech, in: *New York Times*, 27 April 2016, <https://www.nytimes.com/2016/04/28/us/politics/transcript-trump-foreign-policy.html>? 1.2.2021.
- Turner, Oliver/Parmar, Inderjeet* (Hrsg.) 2020: United States in the Indo-Pacific: Obama's legacy and the Trump transition, Manchester.
- Walt, Stephen* 2018: The Hell of Good Intentions: America's Foreign Policy Elite and the Decline of U.S. Primacy, New York.